

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Dennis Thering (CDU) vom 13.07.11

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Wohnungsbau im Bezirk Wandsbek**

*Der SPD Senat hat mehrfach öffentlich angekündigt, 6.000 Wohnungen pro Jahr in Hamburg zu bauen. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort besteht nun die Befürchtung, dass auch viele unbebaute städtische Flächen Hamburgs der Wohnungsbaupolitik der SPD geopfert werden. Und somit das Bild der grünen Hansestadt Hamburg aufs Spiel gesetzt wird.*

*Daher frage ich den Senat:*

- 1. Welche unbebauten städtischen Flächen im Bezirk Wandsbek plant die zuständige Fachbehörde zu bebauen?*
- 2. Welche Art der Bebauung ist für die jeweiligen unbebauten städtischen Flächen im Bezirk Wandsbek geplant? Bitte aufgelistet nach den einzelnen Stadtteilen und für jede infrage kommende unbebaute städtische Fläche.*
- 3. Ist die Bezirksversammlung Wandsbek über die geplanten Projekte und den aktuellen Planungsstand vonseiten der zuständigen Fachbehörde informiert worden?*

*Wenn ja:*

- a. In welcher Form ist dies geschehen?*
- b. Wie waren die Reaktionen der Fraktionen?*
- c. Wie wird die Bezirksversammlung Wandsbek über geänderte oder weitere Planungen in Zukunft informiert werden?*

*Wenn nein, warum ist dies nicht geschehen?*

Nein. Die Aufstellung bezirklicher Wohnungsbauprogramme obliegt den Bezirksämtern. Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek wurde am 28. Juni 2011 über den Arbeitsstand der Potenzialanalyse als Baustein eines künftigen bezirklichen Wohnungsbauprogramms informiert und hat diese zur Kenntnis genommen. Informationen zu den Flächen sind der Vorlage mit Anlagen des Planungsausschusses der Bezirksversammlung Wandsbek Drs. 19/0495 zu entnehmen ([https://ratsinfo.web.hamburg.de/online/anlagen.do?vorlage=\\*0e0ZMvASbtwVcZm&typ=vorlage](https://ratsinfo.web.hamburg.de/online/anlagen.do?vorlage=*0e0ZMvASbtwVcZm&typ=vorlage)).

Die Angaben sind als Potenzialanalyse des zuständigen Bezirksamts zu betrachten. Eine konkrete Umsetzungsplanung lässt sich daher daraus nicht ableiten. Die weitere Einbindung der zuständigen Gremien erfolgt fortlaufend gemäß der im Vertrag für Hamburg für Wohnungsneubau festgelegten Vorgaben.